

BASLER FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!

Jetzt
wählen!

Conradin Cramer und Luca Urgese

Ihr 5-Punkte-Plan für Basel-Stadt



2024 – ein Jahr mit grossen Chancen
Editorial von Johannes Barth

Seite 3

«Da liegt etwas in der Luft»

Conradin Cramer und Luca Urgese
über ihre Teamkandidatur für die
Regierungsratswahlen im März

Seite 4 und 5

Warum ich Regierungsrat, respektive
Regierungspräsident werden will

Luca Urgese und Conradin Cramer
stellen sich vor

Seite 6

Grosser Rat überweist Vorstösse
zum Wohnschutz

Andreas Zappalà

Zum Abschied von Geschäftsführer
Daniel Köhler

Eva Biland

Seite 7

Grossbasel West – Luca Urgese
in den Regierungsrat

Vojin Rakic

Grossbasel Ost – Rückblick und
naher Ausblick

Isabelle Mati

Skiweekend in Klosters

Isabel Jung

Seite 8

Die Jungfreisinnigen stellen sich vor

Alexandra Leake

Aberau

Seite 9

Interview mit der neuen

Geschäftsführerin Giorgia Liuzzo

Eva Biland

Seite 10

Conradin Cramer
als Regierungspräsident

Luca Urgese
als Regierungsrat

Lesen Sie ab Seite 4, was die beiden für Basel-Stadt vorhaben.

Inhalt

- 1–10 Basler Freisinn
- 11 Parolenspiegel
- 12–14 Kampagnen
- 15–17 Delegiertenversammlung 2024 in Zug
- 18/19 Europapolitik
- 20/21 Migrationspolitik
- 22 Energiepolitik
- 23 Kolumne Andri Silberschmidt

Agenda

Tragen Sie diese Termine in Ihre Agenda ein:

- 17. Februar 10–13 Uhr, Standaktion RR-Wahl, Tellplatz
- 24. Februar 10–13 Uhr, Standaktion Grossbasel West, Treffpunkt Coop Bachletten
- 26. Februar ab 18 Uhr, After Work mit Luca Urgese, Banca Basel, St. Alban-Graben 3
- 3. März Regierungsratswahlen Basel-Stadt
- 15. April Parteitag mit Neumitglieder-Apéro



Längst fällige Reformen anpacken

FDP übernimmt Verantwortung

Liebe Freisinnige

Die 52. Legislaturperiode hat soeben begonnen. Die vergangene Legislatur war geprägt von Krisen, geopolitischen Verwerfungen und einem ausgesprochenen Reformstau im Inland. Mehrmals setzte der Bundesrat Notrecht ein, in etlichen Bereichen blockierte das Parlament sich selbst. Auch wenn die Welt in den vergangenen Monaten vor neue Herausforderungen gestellt wurde: Es ist unabdingbar, dass unser Land in den kommenden vier Jahren die längst fälligen Reformen in der Altersvorsorge, im Gesundheitswesen oder in der Sicherheits- und Energiepolitik anpackt und umsetzt. Dazu braucht es Gestaltungswillen, Zuversicht, Mut, Konsensfähigkeit. Als bürgerlich-liberale Kraft übernehmen wir Freisinnige Verantwortung für unsere Schweiz und prägen stabile und mehrheitsfähige Wege für die Herausforderungen dieser Zeit.

Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis wiedergewählt

Eine erste Duftmarke setzte das Parlament anlässlich der Wiederwahl der bisherigen Bundesräte. Trotz Ränkespielen von Mitte-links hat sich die Bundesversammlung am Ende zu den etablierten und bewährten Regeln bekannt, wonach die drei stärksten Parteien Anspruch auf zwei Sitze im Bundesrat und die viertstärkste Partei Anspruch auf einen Bundesratssitz hat. Diese Zauberformel sowie die Konvention, dass amtierende Bundesräte nicht abgewählt werden, bringen unserem Land Stabilität. Eine Stärke, die nicht leichtfertig aufgegeben werden darf.

Zukunft der AHV: Verantwortung übernehmen, Realitäten anerkennen

Die FDP ist die bürgerlich-liberale Kraft, die seit

jeher Verantwortung für dieses Land übernimmt. Wir erkennen Realitäten und richten unsere Lösungsvorschläge danach aus, anstatt wie Mitte-links und die SVP Traumtänzeri zu betreiben und die Augen vor den Tatsachen zu verschliessen. Wir Freisinnigen muten es den Schweizerinnen und Schweizern zu, zur Sicherung der AHV mit der Renteninitiative eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters vorzuschlagen. Und wir stehen hin und sagen: Mit der 13. AHV-Rente fahren wir unser wichtigstes Sozialwerk innert weniger Jahre an die Wand. Diese Rentenerhöhung per Giesskanne ist weder sozial noch generationengerecht noch nachhaltig.

Weiterentwicklung bilaterale Beziehungen mit EU

Ebenso ist es im Interesse der Schweiz, dass die Beziehungen mit der EU wieder auf eine solide Basis gestellt werden. Der Fortschritt des Bundesrates, ein Verhandlungsmandat zur Weiterentwicklung des bilateralen Wegs zu verabschieden, ist zu begrüßen. Die EU ist unser wichtigster Handelspartner. Wir teilen eine gemeinsame Geschichte und gemeinsame Werte. Nun ist es unerlässlich, dass alle Akteure ihre Verantwortung wahrnehmen und sich für eine mehrheitsfähige Lösung einsetzen. Alle politischen Parteien und Sozialpartner haben ihre kurzfristigen Wahl- oder Partikularinteressen dem Wohl des Landes hintanzustellen.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

2024 – ein Jahr mit grossen Chancen

Editorial von Johannes Barth

Das neue Jahr hat begonnen, und wir stehen vor bedeutenden Herausforderungen und grossen Chancen.

Ich freue mich mit euch dieses chancenreiche neue Jahr anzupacken. Bei der Nationalratswahl und in den Volksabstimmungen haben wir unsere Präsenz und Bedeutung in der Schweizer und der Basler Politik unter Beweis gestellt. Diese Beständigkeit ist ein klares Zeichen dafür, dass unsere Vision und unser Engagement für den Freisinn auf fruchtbaren Boden fallen, aber weiteren Engagements unsererseits bedürfen. Erfolge fallen uns nicht in den Schoss!

In einer Zeit, in der politische Extreme lauter werden, ist es umso wichtiger, dass wir einen liberalen Weg gehen. Wir sehen jetzt seit langem wieder, dass in Basel alle bürgerlichen Parteien an einem Strang ziehen, und das ist ein starkes Zeichen unserer Kooperationsfähigkeit und unseres Engagements für das Gemeinwohl. Einfach war es wahrlich nicht, alle an einen Tisch zu bekommen, aber wir haben es geschafft, dass die Chance erkannt und die Vernunft über ideologische Parteiprogramme gestellt wurde.

Im letzten Jahr haben wir uns aktiv in der Debatte um die Stadtklima-Initiativen engagiert. Diese Initiativen, die mehr Grünflächen und eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs vorsahen, wurden von der Bevölkerung von Basel-Stadt deutlich abgelehnt. Das zeigt, dass unsere Bürger realistische und pragmatische Lösungen bevorzugen. Unser Einsatz für eine vernünftige Umweltpolitik, die sowohl grüne Lösungen als auch die Bedürfnisse der Autofahrerinnen und Autofahrer berücksichtigt, spiegelt unser Engagement für eine ausgewogene und realisierbare Politik wider, die den wahren Bedürfnissen der Basler Bevölkerung entspricht.

In diesem Jahr stehen wieder wichtige Wahlen an, und wir haben die Chance, unsere Positionen klar und deutlich zu kommunizieren. Unsere Botschaften müssen präzise und verständlich sein. Wir werden nicht mit unrealistischen Versprechen um Wählerstimmen buhlen, sondern mit soliden, durchdachten Konzepten überzeugen. Diese Herangehensweise wird bei den Grossratswahlen entscheidend sein, um wieder mehr Sitze im Grossrat zu gewinnen.

Für die Regierungswahlen wurden für das Präsidium RR Conradin Cramer und Luca Urgese nominiert. Sie verfügen über grosse politische Kompetenz, die Erfahrung und die Bereitschaft zu vernünftigen Kompromissen. Wir sind sehr zuversichtlich, dass dieses hervorragende Gespann beste Aussichten auf Erfolg hat und die liberale Agenda in Basel-Stadt wirksam vorantreiben wird. Wir setzen uns für eine Stadt ein, in der Bildung, Kultur und Umwelt Hand in Hand gehen und eine hohe Lebensqualität für alle schaffen. Diese Vision ist nicht nur ein Traum, sie ist ein Plan, den wir mit Entschlossenheit und klaren politischen Massnahmen verwirklichen wollen.

Ein entscheidender Aspekt unserer Strategie im Vorfeld der Wahlen sind das Sammeln von Spenden und das Gewinnen neuer Mitglieder. Finanzielle Ressourcen sind essenziell, um unseren Wahlkampf effektiv zu führen, unsere Botschaften zu verbreiten und unsere Kandidaten sichtbar zu machen. Jeder Beitrag, ob gross oder klein, spielt eine wichtige Rolle. Ebenso wichtig ist es, unseren Kreis an Unterstützern zu erweitern. Neue Mitglieder bringen frische Energie und Ideen in unsere Partei und helfen uns, eine breitere Basis in der Bevölkerung zu erreichen. Ich rufe jeden auf, sich aktiv in diese Bemühungen einzubringen, sei es



Johannes Barth

durch das Sammeln finanzieller Unterstützung oder durch das Werben neuer Mitglieder. Gemeinsam können wir unsere Ziele erreichen und einen starken Auftritt bei den kommenden Wahlen sicherstellen.

Liebe Freisinnige, wir stehen vor grossen Herausforderungen, aber auch vor enormen Chancen. Wir können unsere Rolle und unseren Einfluss in der Basler Politik weiter festigen. Lasst uns gemeinsam für unsere Ziele arbeiten, für unsere Vision eintreten und beweisen, dass wir die Partei sind, die wirklich die Interessen und Bedürfnisse der Basler Bevölkerung vertritt und voranbringt. Vielen Dank für eure Unterstützung und euer Engagement! Gemeinsam werden wir erfolgreich sein.

**Johannes Barth, Präsident
FDP.Die Liberalen Basel-Stadt**

Anzeige

R. Soder Baugeschäft AG

Oberdorfstrasse 10
Telefon 061 641 03 30

Postfach 108 4125 Riehen1
soderbau@bluewin.ch

Ausführung von Neu- und Umbauten, Reparaturen, Gerüstbau, Diamantkernbohrungen, Beton- und Fassadensanierungen



«Da liegt etwas in der Luft»

Regierungsratswahlen im März

Regierungsrat Conradin Cramer und Grossrat Luca Urgese über ihre Teamkandidatur für die Regierungsratswahlen im März.

Seit Dezember macht ihr zusammen Wahlkampf – Conradin fürs Regierungspräsidium und Luca für den Regierungsrat. Wie funktioniert die Kandidatur als Team?

Conradin: Früher habe ich mich immer gefragt, was der Begriff «Lebensabschnittspartner» eigentlich bedeuten soll. In Luca und dem gemeinsamen Wahlkampf habe ich nun die Antwort darauf gefunden (lacht). Der Wahlkampf als Duo läuft jedenfalls hervorragend und macht Freude.

Luca: Die Doppelkandidatur passt sehr gut zu den konkreten Herausforderungen von Basel-Stadt. Wir brauchen im Regierungspräsidium eine erfahrene Persönlichkeit wie Conradin, der unseren Kanton gestalten und wirkungsvoll nach aussen vertreten kann. Gleichzeitig bin ich davon überzeugt, dass ich in meiner Zeit als Grossrat gezeigt habe, dass ich überparteiliche Mehrheiten schmieden kann und das notwendige politische Rüstzeug mitbringe, um Conradin im Erziehungsdepartement nachzuzufolgen.

Trotzdem ging es im Wahlkampf bislang vor allem um parteipolitische Fragen wie die Uneinigkeit im

linken Lager oder die familiären Hintergründe der Kandidaten. Wie erklärt ihr euch das?

Conradin: Die heisse Phase hat erst jetzt begonnen. Aber klar: Regierungsratswahlen sind Personenwahlen. Die Bürgerinnen und Bürger wollen zu Recht wissen, welchen Persönlichkeiten sie das Amt des Regierungspräsidenten oder eines Regierungsrates zutrauen können. Am Ende stehen nicht Parteien, sondern Luca und ich und unsere Mitbewerber auf dem Stimmzettel.

Luca: Deshalb haben wir uns mit unserer Kampagne «Die beiden für Basel-Stadt» auch bemüht, Fragen von Parteiideologie in den Hintergrund treten zu lassen, und stellen viel mehr uns als Personen und unsere inhaltlichen Vorstellungen für das Basel-Stadt der Zukunft in den Vordergrund.

Welche Themen habt ihr dabei im Blick?

Conradin: Zum Beispiel Fragen der Wohnraumbeförderung. Aktuell sind wir in Basel-Stadt mit einer regelrechten Wohnraumblockade konfrontiert. Und diese muss angesichts des zu erwartenden Bevölkerungswachstums rasch behoben wer-

den. Um nur einige Punkte zu nennen: Die heutigen Bestimmungen des Wohnschutzes in Basel-Stadt sind viel zu aufwendig und zu kompliziert und müssen vereinfacht werden. Darüber hinaus ist die Initiative «Basel baut Zukunft», die eigentlich «Basel baut in Zukunft nicht mehr» heissen müsste, unmissverständlich abzulehnen. Zuletzt müssen wir endlich die Bedingungen für Investoren verbessern, denn fehlende Investitionen führen zu weniger, teurerem und schlechterem Wohnraum. Aber auch unsere Kulturpolitik treibt mich um: Hier gilt es, beispielweise ein neues Kulturleitbild für den Kanton zu erstellen, dieses breit abzustützen und mit den verschiedenen Museumsstrategien in Einklang zu bringen. Dafür brauchen wir im Regierungspräsidium eine starke Führung, die die Kultur als Herzessache versteht.

Luca: Wichtige Baustellen haben wir auch beim Forschungsstandort. Klar, Volksschule und Berufsbildung sind wesentliche Pfeiler unseres Bildungssystems und waren deshalb in den letzten Wochen zu Recht im Fokus der Bildungsdebatte. Doch wir sind auch ein herausragender Forschungs- und

Hochschulstandort von internationaler Strahlkraft. Doch durch den absehbaren Rückgang der Bundesbeteiligungen droht nun die Unterfinanzierung unserer Hochschulen. Hier müssen wir rasch handeln und uns dafür einsetzen, dass die Universität Basel als Volluniversität mit allen bestehenden Fakultäten erhalten bleibt und ausreichend finanziell unterstützt wird. Zudem muss auch die Finanzierung unserer Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) verbessert werden, die bei der anwendungsorientierten Forschung einen wichtigen Beitrag insbesondere für Gewerbebetriebe leistet.

Bei den Gesamterneuerungswahlen im Herbst letzten Jahres wurde viel über Kaufkraft diskutiert. Wie steht ihr zu weiteren Entlastungen?

Luca: Die aktuelle Haushaltslage des Kantons eröffnet genügend Spielräume, um solides Haushalten mit weiteren Entlastungen zu verbinden, ohne dabei Leistungen zurückzufahren. Und gerade vor dem Hintergrund steigender Lebenshaltungskosten will ich auch einmal deutlich machen: Wer von Kaufkraft nicht nur redet, sondern auch handeln will, muss zuerst die Steuerbelastung reduzieren, bevor wieder bürokratisch umverteilt wird.

Conradin: Und deshalb sollten wir in den nächsten Jahren ein weiteres Entlastungspaket auf den Weg bringen, um die Steuerbelastung der Bevölkerung in Basel-Stadt erneut spürbar zu reduzieren.



Luca: Gleichzeitig müssen wir aber auch substantiell in unsere Infrastruktur investieren. Dazu gehört insbesondere das Infrastrukturprojekt der trilateralen Regio-S-Bahn, das gemeinsam mit dem Bund vorangetrieben werden muss. Und auch der Rheintunnel als wichtiges Strassenprojekt muss möglichst bald realisiert werden. Denn dieser würde nicht nur die Quartierbevölkerung entlasten, sondern gleichzeitig dafür sorgen, dass die Osttangenten ihrer Sammelfunktion wieder gerecht werden kann.

Hand aufs Herz: Wie stehen die Chancen, dass ihr diese Anliegen nach den Wahlen im März auch in Regierungspräsidium und Regierungsrat anpacken könnt?

Conradin: Bei Wahlen weiss man vorher natürlich nie, aber ich denke, die Chancen stehen gut, das Regierungspräsidium und einen weiteren bürgerlichen Sitz zu erobern. Da liegt etwas in der Luft!

Luca: Da möchte ich meinem «Lebensabschnittspartner» nicht widersprechen. (Lacht.)

In grossen Schritten in Richtung Grossratswahlen: We want you!

Dieses Jahr sind Gesamterneuerungswahlen: Wir wollen den Erfolgskurs von letztem Jahr auch dieses Jahr fortführen und im Grossen Rat Sitze gewinnen.

Doch hierfür brauchen wir **DICH!** Wir suchen noch motivierte Kandidatinnen und Kandidaten in allen Wahlkreisen. Hast du Lust, mit uns die freisinnige Erfolgsgeschichte weiterzuschreiben? Dann melde dich beim Präsidium deiner Sektion oder direkt bei Tamara Alù: tamara.alu@outlook.com. Falls du noch unschlüssig bist und dich fragst, was das denn alles beinhaltet, dann melde dich ebenfalls – gerne informieren wir dich. Wir freuen uns auf dich!

Mitgliederumfrage 2024

Wer am Parteitag vom 22. Januar 2024 in der Schlüsselzunft nicht anwesend sein konnte, ist eingeladen, über den unten stehenden Link oder per QR-Code noch an der Mitgliederumfrage zu kantonspolitischen Themen teilzunehmen. Es wurden am Parteitag Fragebogen verteilt – die Auswertung wird am nächsten Parteitag präsentiert. Bis zum

8. März sammeln wir gerne auch deine Meinung zu Themen, welche dich betreffend den Stadtkanton bewegen.

<https://forms.office.com/r/JPFu6bXbzC?origin=lprLink>



Anzeige



Lergemüller AG

Oberdorfstrasse 10 +41 (61) 641 17 54
 Postfach 108 lergemueller@bluewin.ch
 4125 Riehen 1 www.lergemuellerag.ch

Keramik-, Mosaik- & Natursteinverlegung

Reparatur- & Wartungsservice

Warum ich Regierungsrat werden will



Luca Urgese

Als ich vor fast genau 20 Jahren – im Jahr 2004 – als Jungfreisinniger in die Politik einstieg, wurde Basel bürgerlich regiert. Im Herbst desselben Jahres war es damit vorbei: Rot-Grün triumphierte bei den Wahlen und eroberte die Regierungsmehrheit. Sosehr ich bestreiten würde, dass zwischen diesen beiden nur wenige Monate auseinanderliegenden Ereignissen ein kausaler Zusammenhang besteht, sosehr will ich dafür mitverantwortlich sein, diesen Zustand bürgerlicher Minderheit am 3. März 2024 wieder zu beenden.

Meine Motivation für mein politisches Engagement resultiert aus meiner Familiengeschichte. Meine Grosseltern kamen in den 1950er-Jahren nach Basel. Trotz aller Widrigkeiten und Hürden, die das Leben der Italiener in der Schweiz prägten, bot die Schweiz die Möglichkeit, sich mit Beharrlichkeit, Fleiss und der nötigen Portion Glück einen bescheidenen Wohlstand zu erarbeiten. Mein Grossvater erzählt mir noch heute stolz, wie er sich sprichwörtlich vom Tellerwäscher in einem Restaurant zu einer Anstellung bei einem Pharmaunternehmen bis zum Hauseigentümer in Riehen hochgearbeitet habe.

Dieses Arbeitsethos prägte auch meine Eltern. Als Secondos lag ihnen viel daran, sich zu integrieren, sich weiterzubilden und ihren Kindern alle Chancen zu bieten. Sie ermöglichten mir, der erste Akademiker der Familie zu werden.

Parallel zu meiner Ausbildung zum Juristen war mir ehrenamtliches Engagement immer wichtig – nicht nur in der Politik, sondern auch im Fussballverein oder heute noch im Gemeinnützigen Verein für Alterswohnungen. Weil ich davon überzeugt bin, dass unsere Gesellschaft nur dann funktioniert, wenn jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten Ver-

antwortung übernimmt und seinen Teil zum grossen Ganzen beiträgt.

Seit über neun Jahren politisiere ich nun im Grossen Rat und hatte Einsitz in mehreren Sachkommissionen. Während fünf Jahren davon war ich Parteipräsident der FDP und erwarb in dieser Zeit sowohl politische Führungserfahrung als auch breite Dossierkenntnis. Ich durfte einige wichtige Geschäfte entscheidend mitgestalten und über Parteigrenzen hinweg Mehrheiten schmieden – sei es beim erfolgreichen Basler Steuerkompromiss, beim Vorstosspaket der Spezialkommission Klimaschutz oder bei einer besseren Betreuungsquote in der Sozialhilfe bei gleichzeitiger Senkung der Kosten für den Kanton. Als stellvertretender Leiter Standort und Politik der Handelskammer beider Basel mache ich mich zudem auch in meiner täglichen Arbeit für einen attraktiven Standort stark.

Gerade wenn in der heutigen Zeit rund um uns herum grosse Unruhe herrscht, dürfen wir selbstbewusst auf unsere Region blicken. Wir sind nicht nur wirtschaftlich erfolgreich, wir sind offen, und wir bieten den Menschen bei uns die Möglichkeit, sich frei und gemäss den eigenen Interessen zu entfalten. Dazu müssen wir grösste Sorge tragen und heute die richtigen Weichen stellen, damit wir unseren Wohlstand erhalten können.

Warum ich Regierungspräsident werden will

Nach sieben Jahren als Regierungsrat kandidiere ich als Regierungspräsident. Warum? Es gibt für mich im Wesentlichen sieben Gründe:

1. Basel braucht einen überzeugenden Auftritt

Der Regierungspräsident vertritt Basel-Stadt nach aussen. Damit meine ich nicht nur das Repräsentieren, wenn hohe Gäste kommen oder eine schöne Rede zu halten ist, sondern auch die ungemütlichen Situationen: Wenn der Bundesrat Knall auf Fall Verhandlungen mit der EU abbricht und damit unsere Exportindustrie gefährdet wird und unserer Universität ihre wichtigsten Forschungsk Kooperationen abhandenkommen, dann braucht es Klartext aus Basel. Dann muss man hinstehen.

2. Das Regierungsteam braucht eine gute Teamleitung

Der Regierungspräsident ist nicht der Chef im Regierungsrat, aber er leitet die Sitzungen. Er steht für das Gremium ein, er vermittelt und hält zusammen. Das ist ziemlich anspruchsvoll in einem Siebenteam aus Alphatierchen unterschiedlicher politischer Couleur. Ich bin überzeugt, dass man ein Regierungsteam besser leiten kann, wenn man es bereits kennt und vorher selbst ein Departement geleitet hat.

3. Ein Regierungspräsident muss für alle da sein

Seit sieben Jahren trage ich als Erziehungsdirektor Verantwortung für die Volksschule in Basel. Die Volksschule nimmt jedes Kind in Basel auf und bildet es aus. In diesen sieben Jahren habe ich gelernt, was «für alle da sein» bedeutet. Und ein Regierungspräsident muss für alle da sein, nicht nur für diejenigen, die ihn gewählt haben.

4. Die Stadtentwicklung und der Klimaschutz sind massive Herausforderungen

Die Wohnbaupolitik in Basel ist blockiert. Wenn nicht mehr saniert und nicht mehr neu gebaut wird, ist das ein riesiges Problem. Der Regierungspräsident hat keinen Zauberstab, aber er kann mit allen Akteuren zusammen nach Lösungen suchen, um die Blockade zu durchbrechen. Hier hilft Erfahrung. Das Gleiche gilt für den Klimaschutz: Wir haben uns da – mit klarem Volksentscheid – sehr viel vorgenommen. Jetzt gilt es zu liefern.

5. Kulturpolitik bleibt wichtig für Basel

Die Kulturpolitik ist im Präsidialdepartement angesiedelt. Basels Ausstrahlung nach innen und aussen hängt zu einem guten Teil an unseren Kulturinstitutionen. Die Kulturpolitik strategisch mitzu-



Conradin Cramer

prägen, ist eine wesentliche Aufgabe und für mich auch eine Herzenssache.

6. Das gesprochene Wort gilt etwas

Als Regierungspräsident spricht man viel vor vielen Menschen. Ich bin der Meinung, dass öffentliches Reden eine Verantwortung mit sich bringt und man es gut machen sollte. Nicht belanglos, nicht langweilig. Diesen substanziellen Teil des Amtes gilt es, gut auszufüllen.

7. Wir sind zu zweit

Eine starke Motivation für meine Kandidatur ist, dass ich nicht alleine kandidieren muss. Mit Luca Urgese stellt sich ein erfahrener, fähiger Politiker und ein integrierender, ideenreicher Mensch zur Verfügung. Er verdient alle Unterstützung und wird ein guter Regierungsrat.

Grosser Rat überweist Vorstösse zum Wohnschutz

An seiner Nachtsitzung vom 17. Januar 2024 hat der Grosse Rat fünf Vorstösse zum Wohnschutz dem Regierungsrat zur Berichterstattung überwiesen. Mit den Motionen werden punktuelle Anpassungen bei der aktuellen Gesetzgebung verlangt, die eine praxistauglichere und mildere Umsetzung bringen sollen.

Fünf Grossrätinnen und Grossräte aus den Fraktionen GLP (N. Rechsteiner), Die Mitte/EVP (A. Knellwolf), FDP (D. Seiler), LDP (M. Hug) und SVP (P. Messerli) reichten Vorstösse zur Thematik der Wohnschutzgesetzgebung ein. Dabei ging es nicht darum, die aktuellen Wohnschutzbestimmungen gänzlich aufzuheben oder aufzuweichen. Vielmehr sollten Anpassungen vorgenommen werden, damit eine praxistauglichere Umsetzung gewährleistet ist. Die Gegenseite sah das nicht überraschend gänzlich anders und bediente sich, wie dies leider fast schon Gewohnheit darstellt, eines sehr vermietenfeindlichen Vokabulars.

Mit einer Motion Rechsteiner wird verlangt, dass bauliche Massnahmen zu energetischen Verbesserungen einer Liegenschaft nicht mehr den Bestimmungen der Wohnschutzgesetzgebung unterliegen sollen. Eine zweite Motion beinhaltet das Anliegen, dass vermietete Stockwerkeigentumswohnungen nur in jenen Liegenschaften als geschützt gelten sollen, die nach dem Inkrafttreten der Änderungen des WRFG und des WRSchV in Stockwerkeigentum umgewandelt wurden. Auch soll gemäss einer dritten und einer vierten Motion die Wohnschutzkommission als reine Fachinstanz

aufgebaut werden und der Wohnungsleerstand konzipierter und aussagekräftiger erhoben werden, indem dieser nach Wohnungsgrösse, Preiskategorie und Standort ausgewiesen wird.

Die fünfte Motion verlangt gesetzliche Anpassungen, indem das Meldeverfahren abgeschafft wird und Instandstellungen von Wohnungen infolge eines Mieterwechsels bewilligungsfrei erfolgen sollen, sofern die Nettomiete nicht um mehr als 10 Prozent der bisherigen Miete erhöht wird. Bei baulichen Massnahmen bis zu einem Betrag von 50'000 Franken pro Wohnung, welche nicht zu mehr als einer Mietzinserhöhung von 15 Prozent führen, ist ein einfaches und zügiges Verfahren vorzusehen, in welchem anhand der eingereichten Unterlagen im Rahmen einer Plausibilitätsprüfung zu prüfen ist, ob die beantragte Mietzinserhöhung gerechtfertigt erscheint. Alle übrigen baulichen Massnahmen sollen weiterhin den aktuellen Bestimmungen unterstehen, wobei für die Festlegung der zulässigen Mietzinserhöhung zu prüfen ist, wie sich die Miete der konkreten Wohnung in den letzten Jahren im Vergleich zu getätigten Investitionen im verglichenen Zeitraum entwickelt hat und wie das jetzige Umbau- oder Sanierungsprojekt den Wohnungsstandard und die Miete entsprechend den Vorgaben von §8b des WRFG beeinflusst.

Alle fünf Motionen wurden relativ knapp im Stimmenverhältnis von 49:46 überwiesen.

Andreas Zappalà, Grossrat FDP-Basel-Stadt, Geschäftsführer HEV Basel-Stadt



Lieber Daniel, danke dir für alles!

Nach knapp zwei Jahren gilt es leider, bereits wieder Abschied zu nehmen von Geschäftsführer Daniel Köhler. Daniel wird einen neuen Lebensabschnitt im schönen Österreich in Angriff nehmen und Basel leider verlassen. Wir verlieren mit ihm einen stets überaus motivierten und kontaktfreudigen Geschäftsführer, welcher für die Partei viele Medienmitteilungen, Planungen und Strategien bis hin zur Bewirtschaftung von Webseiten geleistet hat. In seiner Tätigkeitsspanne hat Daniel die Bürgergemeinderatswahlen 2023, die Nationalratswahlen 2023 und aktuell die Regierungsratsersatzwahl 2024 intensiv begleitet und agierte nicht nur als Geschäftsführer, sondern auch als Hochleistungs-Wahlkämpfer!

Daniel sorgte zusammen mit Urs Katzenstein dafür, dass FDP-Wahlplakate sogar bis knapp über die Kantonsgrenze hinweg sichtbar wurden – für Plakat- und Standaktionen scheute er keinen Aufwand.

Lieber Daniel, die FDP Basel-Stadt dankt dir für alles! Für deinen Einsatz für die FDP Basel-Stadt und für die vielen schönen gemeinsamen Begegnungen! Wir wünschen dir viel Freude und Erfolg bei deinen neuen Vorhaben!

Eva Biland, Co-Vizepräsidentin

Anzeige



Schweizer Söhne

Malen Gipsen

Wir hinterlassen einen frischen Anstrich
Malen, Gipsen, Isolieren, Tapezieren

061/381 83 15

Spalenring 14/16 CH-4055 Basel
Zweigstelle: Schützenstrasse 2/4 4127 Birsfelden
E-mail: malen@schweizersoehne.ch
Homepage: www.schweizersoehne.ch

Basel-Stadt

FDP Grossbasel-West

Luca Urgese in den Regierungsrat – Erfolg bei Gesamterneuerungswahlen 2024!

Wir stehen an einem entscheidenden Punkt in der politischen Landschaft unseres Kantons. Wir können den Unterschied machen! Eure Stimme ist der Schlüssel, um unsere Werte und Ideen in der politischen Landschaft zu vertreten. Es ist an der Zeit, eine Stimme zu unterstützen, die sich unermüdlich für die Bedürfnisse und Herausforderungen unserer Wirtschaft einsetzt. Luca Urgese ist ein herausragender Politiker, der mit seiner langjährigen Erfahrung im Grossrat, als ehemaliger Parteipräsident

und stellvertretender Leiter Standort und Politik der Handelskammer beider Basel genau der richtige Kandidat ist. Seine Hingabe und seine erfolgreichen Bemühungen haben dazu beigetragen, unsere Region zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort zu machen. Mit seiner Entschlossenheit und seinem Engagement hat Luca Urgese eine Brücke zwischen den verschiedenen Interessengruppen geschlagen. Er setzt sich konsequent für eine ausgewogene Politik ein, die Wirtschaftswachstum

und soziale Verantwortung miteinander verbindet. Wählen Sie Luca Urgese – für eine starke und prosperierende Zukunft unseres Kantons!

Gemeinsam können wir viel erreichen! Jede Stimme zählt und macht einen Unterschied. Lasst uns gemeinsam für eine starke und zukunftsorientierte FDP Basel-Stadt kämpfen. Ihre Stimme zählt!

Vojin Racic, Präsident FDP Grossbasel-West

FDP Grossbasel-Ost

Rückblick und naher Ausblick

Am 18. September 2023 lud die FDP Grossbasel-Ost ins Meret-Oppenheim-Hochhaus, wie wir bereits in der letzten Ausgabe berichteten. Im Zentrum stand das Referat von Evelyn Rubli, Leiterin Wärme bei der IWB. Der Auftrag sei klar, 2037 soll Basel von fossilen Heizungen befreit sein. Das heisst, keine Gas- und Ölheizungen mehr und dafür ein ausgebautes Fernwärmenetz. Ende Januar 2024 war in einem BaZ-Artikel zu lesen, dass erste Hausbesitzer befürchten, dass es (noch) teurer wird als erwartet, weil die IWB zu wenig Kunden

an die Fernwärme anschliessen kann. Das Projekt Gasstilllegung/Fernwärmeausbau ist auf jeden Fall im Auge zu behalten. Die FDP bleibt am Thema dran.

Nach der Wahl von Beat Jans in den Bundesrat am 13. Dezember 2023 setzt auch der Quartierverein Osten im Moment alles daran, dass Luca Urgese und Conradin Cramer am Wochenende vom 3. März in den Regierungsrat respektive ins Regierungspräsidium gewählt werden. Dafür braucht es auch Sie, die Leser dieser Zeitung.

Natürlich gehen wir davon aus, dass Sie Luca und Conradin wählen. Was wir aber zudem hoffen und worum ich Sie hiermit bitte: Gehen Sie hinaus und überzeugen Sie Nachbarn, Freunde und Bekannte, dasselbe zu tun! Jede Stimme zählt und ist sehr, sehr wichtig. Wir können es schaffen, dafür müssen wir aber alle etwas tun. Packen wir es an!

Isabelle Mati, Präsidentin FDP Grossbasel-Ost

Jungfreisinn Basel-Stadt

Skiweekend in Klosters

Im malerisch verschneiten Klosters erlebten wir ein unvergessliches Skiweekend im heimeligen Basler Kolonienhaus. Nach unserer Anreise am Samstag erwartete uns ein köstliches Abendessen, angeführt von einem vorzüglichen Risotto und gefolgt von einem delikaten Fruchtsalat. Das Dorf erstrahlte im winterlichen Glanz mit dekorativen Lichterketten, die eine zauberhafte Atmosphäre schufen.

Der Abend nahm eine animierte Wendung, als die Jungfreisinnigen bis 23 Uhr in spannenden Ping-

pongmatches aufgingen. Politische Diskussionen fanden ihren Platz, während wir uns bei diesem unterhaltsamen Spiel vergnügten. Neue Bekanntschaften wurden geschlossen, und das Basler Kolonienhaus wurde zum Zentrum lebhafter Gespräche.

Am Morgen erwartete uns ein reichhaltiges Frühstück, das uns auf einen actionreichen Tag vorbereitete. Die Abenteuerlustigen unter uns zog es auf die Pisten, um beim Skifahren die atemberaubende Berglandschaft zu geniessen. Einige Freisinnige entschieden sich für eine entspannte Zeit in der Therme, während andere einen gemütlichen Spaziergang durch das verschneite Dorf unternahmen.

Auf den Pisten wurden wir nicht nur mit aufregenden Abfahrten belohnt, sondern auch mit kulinarischen Höhepunkten. Eine leckere Bolognese und Ghackets mit Hörnli sorgten für gastronomische Genüsse, die den Tag perfekt abrundeten.



Wir blicken zurück auf ein liberales und zugleich faszinierendes Skiweekend. Die Mischung aus sportlichen Aktivitäten, politischen Diskussionen und kulinarischen Freuden schuf eine unvergleichliche und unvergessliche Atmosphäre.

Isabel Jung, Vorstandsmitglied JFBS



In unserer Rubrik erfahren Sie heute mehr über Alexandra Leake

Die Jungfreisinnigen stellen sich vor



Alexandra Leake

Im Bündnerland entdeckte Alexandra Leake nicht nur ihre Heimat, sondern auch ihre Liebe für die Politik. Besonders fasziniert sie dabei das überparteiliche Element. Eine Leidenschaft, die sie im Trägerverein der Jugendsession Graubünden als Co-Präsidentin auslebt. Entgegen der verbreiteten Annahme, dass Jugendliche heutzutage weniger politisch interessiert seien, erlebt Alexandra das genaue Gegenteil. Für sie steht fest: «Die jüngeren Generationen sind äusserst interessiert und wissen um die Wichtigkeit ihres Engagements, da politische Entscheidungen sie am meisten und am längsten betreffen.»

Mit dem geplanten Medizinstudium, welches im Herbst 2024 in Basel beginnen soll, steht Alexandra bereits in den Startlöchern, ihren Kindheits Traum zu verwirklichen. Die Wahl, in Basel zu

studieren, stammt aus ihrer Kindheit. Ihr Zwischenjahr nutzt Alexandra nun mit einer Stelle in einer Herzpraxis, um erste Erfahrungen in der medizinischen Welt zu sammeln.

Wenn Alexandra gerade nicht politisiert oder sich um ihre Ausbildung kümmert, beteiligt sie sich als Abteilungsleiterin der Pfadi Jenaz, um den jüngeren Generationen die Pfadigesetze zu vermitteln. Mittels dieser Grundprinzipien sollen die Teilnehmenden lernen, sich gegenseitig zu respektieren und Sorge zu unserer Umwelt zu tragen.

Seit Mitte 2023 engagiert sich Alexandra im Vorstand der Jungfreisinnigen Basel-Stadt. Eines ihrer politischen Ziele ist es, das duale Bildungssystem zu stärken, um damit insbesondere dem Fachkräftemangel entgegenzutreten und Basel fit für die Zukunft zu machen.

Aberau

Was fällt einem auf, das einem nicht auffallen sollte? Was ist schiefgelaufen, das nicht hätte schieflaufen sollen? Wer soll dafür den Kopf hinhalten?

Da war doch was? Ach ja, im Dezember waren Bundesratswahlen – mit einem Basler Sieg dank Beat Jans. Herzliche Gratulation!

Doch nun geht es um Jans' verlassenen Sitz in unserer Regierung. In Rekordzeit haben die Parteien von der Nomination bis zum Plakat alles auf den letzten Drücker realisieren müssen.

Es sei den Strategen der vier bürgerlichen Parteien gratuliert, dass sie mit Conradin Cramer und Luca Urgese ein sehr gutes Duo ins Rennen ums Regierungspräsidium und um den Sitz im Regierungsrat schicken. Die Nomination wurde vom Vorstand der SVP und an den Parteitagen von FDP, LDP und Die Mitte eindrücklich unterstrichen.

Stauend blickt man auf die Linke, die für einmal nicht geeint antritt. Reicht es deshalb für unsere beiden? Was werden die Auswirkungen auf die Gesamterneuerungswahlen von Regierung und Grosse Rat im Herbst sein? Träumen von einer bürgerlichen Mehrheit ist erlaubt.

Verfolgt man die Medien, so darf man sagen, dass unsere beiden sogar bei eher linksorientierten Journalisten einen guten Eindruck auslösen. Beide sind souverän in ihren Antworten, denn sie wissen, wovon sie reden. Kurz: Sie bringen alles mit, was es fürs Regieren braucht.

Das berühmt-berüchtigte Basler Finish wird nach dem schädlichen Wohnschutzgesetz nun auch bei der angeblich umkämpften Gender- und Gleichheitsfrage angewandt. Als ob die Bundesverfassung nicht alle Personen irgendwelcher Ausrichtung schützen würde, basteln wir ein kantonales Gleichstellungsgesetz. Dünkt mich eine Beschäftigungstherapie für den Grosse Rat und die Umsetzenden im Gleichstellungsbüro. Dadurch werden wohl weitere Stellen geschaffen.

Apropos Nützlichkeit: Wie geht es mit den vielen roten Velos, die in Rudeln an jeder Ecke auf Kundenschaft warten? Der Schreibende sieht kaum je eine Nutzerin oder einen Nutzer. Sichtungen dürfen mir gemeldet werden.

Nicht nur die roten Elektrovlos werden uns noch lange beschäftigen, auch das Thema Kaserne bringt alle Voraussetzungen für einen Dauerbrenner mit. Mit mehr Geld und neuen Sicherheitsmassnahmen soll das gelöst werden. Dazu kommt, dass nochmals viel Geld – man redet von über 3 Millionen Franken – in den Ausbau des Restaurants investiert werden, damit ein Beizer oder eine Beizerin sich dafür interessiert.

Rathaustürsteher

Anzeige



Straumann Hipp

Zukunft bauen – seit 1807.

Ihr Bauunternehmer in der Region und Ansprechpartner für Neu- und Umbauten, Renovationen und Sanierungen, Kundenmaurer- und Kundengipsarbeiten, Schadstoffsanierungen und Schadstoffberichte, sowie bei Dachdecker-, Spenglerarbeiten und vieles mehr.

Straumann-Hipp AG / Hardstrasse 92 / 4052 Basel / 061 311 39 60 / info@st-h.ch / straumannhipp.ch

Interview mit der neuen Geschäftsführerin der FDP, Giorgia Liuzzo

Liebe Giorgia, du wirst am 1. März 2024 deine Tätigkeit als Geschäftsführerin der FDP anfangen. Berichte uns ein bisschen, wer du bist (Alter, Wohnort, Ausbildung, Hobbys, Haustiere etc.) ...

Ich freue mich sehr, ab dem 1. März 2024 die Position als Geschäftsführerin der FDP zu anzutreten. Ich bin 23 Jahre jung, und aufgewachsen bin ich in Nuglar, einem kleinen Dorf im Kanton Solothurn. Für mein Studium, bei dem ich gerade das sechste und somit letzte Semester absolviere, bin ich für rund zweieinhalb Jahre nach Bern gezogen. Da habe ich die Stadt kennen und lieben gelernt. Nach fast drei wundervollen Jahren war es aber Zeit für den nächsten Schritt, und ich zog mit meinem Freund zusammen in eine tolle Wohnung ins schöne Baselbiet. Hier werde ich nun ab März meine neue Stelle bei der FDP antreten und meine Bachelorthesis für meinen Studiengang «Multimedia Production» angehen.

Ich habe einen kleinen Yorkshire-Terrier, der mir seit meinem zehnten Lebensjahr ein treuer Begleiter ist. Bleki ist jedoch im Elternhaus geblieben. Umso mehr freue ich mich, wenn ich zu Hause allen einen Besuch abstatten kann und freundlich empfangen werde.

Zu meinen Hobbys zählen: Kochen und Backen, Reisen, Verbringen der Zeit in der Natur und Lesen.

Wie kam dein Interesse für Politik zustande? Was, welches Ereignis, welche Person hat deine Neugier für Politik geweckt?

Im Jahr 2018 erfolgte mein erstes politisches Engagement, als ich mich gemeinsam mit der Tierschutzorganisation «Animal Right Switzerland» für die Rechte der Tiere einsetzte. Ich engagierte mich aktiv, informierte regelmässig zu Themen wie beispielsweise der damaligen Abstimmung über ein Ozeanium in Basel und verteilte Flyer dazu. Diese Phase war für mich eine äusserst bereichernde Erfahrung. Allerdings hat sich rückblickend meine Meinung zu vielen Dingen in dieser Zeit deutlich verändert.

Was magst du an der Politik besonders? Hast du bereits in deiner Schullaufbahn gerne debattiert, oder warst du lieber die stille Beobachterin? Gibt es für dich vielleicht sogar ein politisches Vorbild national oder international?

Das Besondere an der Politik, das mich immer wieder fasziniert, ist die Möglichkeit, Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen zu nehmen und positive Veränderungen zu bewirken. Während meiner Schullaufbahn war ich eher die stille Beobachterin, neigte weniger dazu, aktiv an Debatten

teilzunehmen. Meine Umgebung war oft stark links eingestellt, und ich begann zu erkennen, dass dies nicht vollständig meinen Überzeugungen entsprach. Dies war für mich jedoch eine wertvolle Erfahrung, da ich dadurch meine eigenen Standpunkte klarer definieren konnte.

Ich war nicht diejenige, die sich sofort in eine Diskussion stürzte, aber ich hörte aufmerksam zu, wenn andere ihre Argumente vorbrachten. In vielen Fällen hatte ich eine andere Perspektive, die ich still für mich behielt. Diese Zurückhaltung erlaubte mir, meine eigene Meinung zu formen und zu erkennen, in welchen Punkten ich fundamental anderer Ansicht war.

Ich habe kein «politisches» Vorbild, jedoch hat mich der Professor und Autor Jordan B. Peterson, welcher sehr konservativ eingestellt ist, deutlich geprägt. Durch seine Sichtweisen wurde meine politische Einstellung massgeblich geprägt. Ich denke, dass es wichtig ist, verschiedene Meinungen zu hören und eine gesittete Debattenkultur zu pflegen. Durch seine Perspektiven, welche für mich zu dem Zeitpunkt neu waren, wurden mir in manchen Dingen die Augen geöffnet.

Wo holst du dir am liebsten Informationen zum politischen Geschehen? Welche Arten von Medien konsumierst du am liebsten?

Ich beziehe die meisten meiner Informationen über Social Media, insbesondere über Plattformen wie Instagram, sowie die Apps von «20 Minuten» und NZZ. Während meiner Zeit an der FMS Basel nahmen wir zudem regelmässig an News-Tests teil, bei denen wir dazu animiert wurden, eine Woche lang Zeitungen zu lesen und die «Tagesschau» zu verfolgen, um stets über die aktuellen Geschehnisse in der Welt informiert zu sein. Diese Gewohnheit habe ich seitdem beibehalten.

Besonders prägend war auch mein Praktikum im Erziehungsdepartement Basel-Stadt, bei dem ich unter anderem für den «Medienspiegel» verantwortlich war. Dort kam ich intensiv mit gedruckten Zeitungen in Kontakt. Bis heute ziehe ich ein Buch oder eine gedruckte Zeitung der digitalen Version tausendmal vor. Die haptische Erfahrung und die tiefere Auseinandersetzung mit gedruckten Medien schätze ich nach wie vor sehr.

20 Prozent der jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 25 Jahren haben noch nie abgestimmt oder gewählt. Die 25-Jährigen haben, mit Ausnahme der Stimmberechtigten ab 85 Jahren, den höchsten Anteil an nie teilnehmenden Stimmberechtigten. Hast du eine Idee, woran das liegen könnte? Worin



Giorgia Liuzzo

siehst du Potenzial, junge Erwachsene stimmfreudiger zu machen?

Ich denke, dass viele Menschen ihre Stimme erheben würden, wenn sie in einer nicht so stabilen Umgebung wären, und dies würde, einer Meinung nach auch aufzeigen, wie gut wir es eigentlich in der Schweiz haben. Aber eigentlich ist es genau deswegen umso wichtiger, dass dieses System, diese Demokratie aufrechterhalten bleibt – für das braucht es jedoch konstanten Einsatz! Das ist nämlich kein Grund, sich nicht politisch zu beteiligen.

Des Weiteren könnte ich mir vorstellen, dass mangelnde politische Bildung und Information eine Rolle spielen könnte da junge Menschen möglicherweise nicht ausreichend über den Einfluss ihrer Stimme und die Bedeutung politischer Entscheidungen informiert sind.

Um das Potenzial für eine höhere Wahlbeteiligung zu steigern, könnte verstärkte politische Bildung in Schulen und Hochschulen eine Lösung sein. Ich persönlich hätte mir das sehr gewünscht. Ich denke, dass Diskussionen in Gruppen über relevante politische Themen und die Aufklärung über Auswirkungen von politischen Entscheidungen vieles in einem auslösen könnten und das Interesse so verstärkt werden könnte.

Wie ist deine Meinung zum Stimmrechtsalter 16?

Da bin ich eher dagegen. Es ist zwar schön, zu sehen, wenn sich junge Menschen politisch engagieren und Interesse an aktuellen Themen zeigen. Jedoch bin ich der Überzeugung, dass man in diesem Alter noch stark beeinflussbar ist und sich leicht von verschiedenen Einflüssen leiten lässt. Meine eigene Erfahrung bestätigt das, da meine politischen Ansichten als 16-Jährige deutlich von meiner heutigen Meinung abweichen. Hätte man mich vor fünf bis sieben Jahren gefragt, wäre ich eventuell auch dafür gewesen. Im Nachhinein finde ich es aber gut so, wie es ist.

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen

FDP
Die Liberalen

Diese Parolen wurden an der Delegiertenversammlung in Zug am 20. Januar 2024 gefasst. Über die Parole für die Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit», über die ebenfalls am 9. Juni 2024 abgestimmt wird, wird an der Parteipräsidentenkonferenz im April befunden werden.

Abstimmungen vom 3. März 2024



JA

Renteninitiative



NEIN

13. AHV-Rente

Abstimmungen vom 9. Juni 2024



NEIN

Kostenbremse-Initiative



NEIN

Prämien-Entlastungs-Initiative



JA

Mantelerlass

(Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien)

Weitere Abstimmungen



JA

Autobahnausbau

Regine Sauter sagt am 3. März klar Nein zur 13. AHV-Rente.



Verantwortungslosen Ausbau der AHV ablehnen

Nein zur Gewerkschaftsinitiative

«Belastet würden insbesondere der Mittelstand durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Erwerbstätigen, also vorwiegend die Jungen, über die höheren Lohnabgaben.»

Am 3. März stimmen wir einmal mehr über ein sozialistisches Ausbaivorhaben unseres Sozialstaates ab. Eine Initiative, lanciert von Gewerkschaften, der SP und Grünen, verlangt die Einführung einer 13. AHV-Rente für alle. Auf den ersten Blick ein sympathisches Anliegen, wer mag dies den Rentnerinnen und Rentnern schon nicht gönnen. Nur – die Initiantinnen und Initianten unterlassen es, ihrem Anliegen ein Preisschild anzuheften. Darum schon mal an dieser Stelle: Fünf Milliarden Franken jährlich würde dies die AHV zusätzlich kosten.

Begründet wird die Initiative damit, dass angesichts des stetigen Kaufkraftverlusts die Renten nicht mehr zum Leben reichen würden. Dieses Argument ist gleich aus zwei Gründen irreführend. Zum einen werden die AHV-Renten regelmässig (mindestens alle zwei Jahre) der Teuerung und der Lohnentwicklung angepasst. Ein allfälliger Kaufkraftverlust wird damit ausgeglichen. Zum anderen muss in diesem Land im Alter niemand ausschliesslich von der AHV leben, denn Ergänzungsleistungen zur AHV sichern das Existenzminimum.

Berufliche Vorsorge modernisieren

Gerade die heutige Generation von Rentnerinnen und Rentnern verfügt in der Mehrzahl über eine gut ausgebaute zweite Säule, da sie ihre Erwerbstätigkeit in einer Zeit ausgeübt hat, als das Pensionskassenobligatorium bereits eingeführt war. Und für jene Personen, die über keine massgebliche zweite Säule verfügen (zum Beispiel, weil sie nur in kleinen Pensen berufstätig waren), ist es ent-

scheidend, dass wir die berufliche Vorsorge modernisieren. Dies betrifft vor allem die Frauen. Es muss in Zukunft auch Personen mit kleinen Einkommen möglich sein, ein Guthaben in der zweiten Säule aufzubauen. Das Parlament hat eine entsprechende Gesetzesänderung verabschiedet, wir werden darüber auch in diesem Jahr abstimmen. Und hierzu gilt es dann, klar Ja zu sagen.

AHV ab 2030 bereits im Minus

Doch zurück zum Preis der Gewerkschaftsinitiative. In der AHV fünf Milliarden Franken jährlich zusätzlich auszugeben, ist verantwortungslos. Denn bereits ohne diese Zusatzausgabe kippt unser wichtigstes Sozialwerk ab 2030 ins Minus. Noch problematischer: Die Initianten sagen nicht, wie sie ihre Wohltat zu finanzieren gedenken. Denn die Wahrheit ist unbequem: Ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent oder die Erhöhung der Lohnabzüge von heute 8,7 auf neu 9,4 Prozent wären nötig.

Belastung vor allem für den Mittelstand

Diese Initiative ist letztlich unsozial. Ohne Berücksichtigung des effektiven Bedürfnisses soll mit der Giesskanne allen Rentnerinnen und Rentnern eine 13. Rente ausbezahlt werden, auch den Millionären. Belastet würden insbesondere der Mittelstand durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Erwerbstätigen, also vorwiegend die Jungen, über die höheren Lohnabgaben. Diese Mogelpackung gilt es offenzulegen. Wir müssen stattdessen heute Lösungen finden für eine langfristige und nachhaltige Sicherung der AHV. Dies wird bereits einen grossen Effort und eine hohe Kompromissbereitschaft der Gesellschaft bedingen. Ein zielloser und nicht finanzierter Ausbau der AHV ist hingegen nicht zu verantworten. Ich sage deshalb klar Nein zur Gewerkschaftsinitiative für eine 13. AHV-Rente.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

Jetzt QR-Code scannen
und mehr erfahren!

RENTENINITIATIVE ERKLÄRT

JA zur Renteninitiative am

3. März 



FDP
Die Liberalen

 Jungfreisinnige
Schweiz



Deine Spende zählt!
Sichern wir jetzt gemeinsam unsere AHV.

**RENTEN-
INITIATIVE JA**

alternative Bankverbindung *
Empfänger: Renteninitiative
Konto: 15-357311-9
IBAN: CH78 0900 0000 1535 7311 9

Jetzt mit TWINT
spenden!

 QR-Code mit der
TWINT-App scannen
 Betrag und Spende
bestätigen



* Ihre Spende geht direkt an den Verein Renteninitiative

Fotobox zur Renteninitiative an der DV 2024 in Zug.



Sichern wir unsere Renten langfristig!

Entpolitisierung des Rentenalters

Unser Rentensystem ist aus dem Gleichgewicht. Der AHV droht über die nächsten 25 Jahre ein kumuliertes Defizit von über 100 Milliarden Franken. Die AHV-Renten zukünftiger Generationen sind folglich nicht mehr gesichert. Wie konnte das passieren?

Die Bevölkerung wird immer älter, es kommen weniger Kinder auf die Welt und eine halbe Million Babyboomer erreichen in den nächsten zehn Jahren das Rentenalter – so viele wie noch nie. Um den Generationenvertrag zu sichern und unsere verfassungsmässige Verantwortung zu erfüllen, ist es unerlässlich, jetzt für sichere Renten – sowohl für die heutige als auch für kommende Generationen – zu sorgen.

Vier Optionen zur Sicherung der AHV-Renten

Letztlich existieren vier Optionen zur Sicherung unserer AHV-Rente: Rentenkürzungen, der Anstieg der Mehrwertsteuer oder der Lohnabgaben oder die Erhöhung des Rentenalters. Rentenkürzungen und die weitere Erhöhung von Mehrwertsteuer oder Lohnabgaben gilt es zu vermeiden. Es sind kurzfristige Massnahmen, die tiefere Einkommen und Junge belasten. Die zentrale Stellschraube

zur Sicherung der Renten ist das Rentenalter. Ohne den Mut, das Rentenalter zu erhöhen, bleiben vermeintlich grosse AHV-Reformwürfe nur ein Tropfen auf den heissen Stein.

Strukturelle Reformen nötig

Ein höheres und flexibles Rentenalter liefert die lang ersehnte strukturelle Reform: Die Anzahl Rentner pro Beitragszahler verkleinert sich und die Einnahmen aller Altersvorsorgesysteme steigen.

Die Erhöhung und Flexibilisierung des Rentenalters durch die Renteninitiative bilden einen Rahmen. Nicht alle Berufsgattungen können oder wollen länger arbeiten. Vor allem körperlich anstrengende Berufe gilt es zu unterstützen. Damit wir sozial reformieren, bleiben branchenspezifische Lösungen, wie beispielsweise die Frühpensionierung im Bau, weiterhin möglich.

GEBEN WIR VOLLGAS IM ABSTIMMUNGSKAMPF FÜR NACHHALTIGE RENTEN



Entpolitisierung des Rentenalters

Mit der Renteninitiative schaffen wir einen moderaten Reformvorschlag. Dank der Entpolitisierung des Rentenalters passen wir die AHV der demografischen Realität an und sanieren sie für zukünftige Generationen. Lösen wir uns endlich von einer scheiternden «Pflasterlipolitik» und sichern wir unsere Renten nachhaltig. Für eine starke AHV – heute und auch in Zukunft.

Andrea Caroni, Ständerat AR und Vizepräsident der FDP.Die Liberalen Schweiz

Parteipräsident Thierry Burkart bei seiner Rede an der Delegiertenversammlung in Zug. Foto: Jannik Kaiser



der Fall. Die liberale Politik ist eine Politik mit Herz und für die Menschen.

Wo Not herrscht, sind wir einverstanden, dass der Staat hilft. Wir wollen Armut bekämpfen. Aber wir wollen sie dort bekämpfen, wo sie besteht, und nicht einfach mit der Giesskanne auch diejenigen beglücken, die nicht darauf angewiesen sind. Das ist liberale Politik im Sinne der sozialen Marktwirtschaft. Wir setzen uns nicht ein für die Wirtschaft per se. Wir setzen uns ein für die Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land; für jene Menschen, die bereit sind, ein Risiko einzugehen; für jene Menschen, die innovativ sind; für jene Menschen, die Arbeitsplätze schaffen und Verantwortung für die Menschen übernehmen. Für diese Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger, für die Rahmenbedingungen ihrer Unternehmen, setzen wir uns ein.

«Die liberale Politik ist eine Politik mit Herz und für die Menschen.»

Ich freue mich, Sie heute in Zug so zahlreich begrüßen zu dürfen. Erlauben Sie mir, einen Gast heute ganz speziell zu begrüßen. Es ist unser ehemaliger Bundesrat Kaspar Villiger. Lieber Kaspar, es ist uns eine Freude und Ehre, dass du hier bist. Du bist und bleibst ein absolutes Aushängeschild und ein Leuchtturm unserer Partei, aber vor allem auch der liberalen Politik in diesem Land!

Ja, liebe Freisinnige, wir mussten am 22. Oktober ein Resultat entgegennehmen, das wir uns so nicht gewünscht hatten. Und wir müssen konstatieren: Wir verfehlten unsere Ziele. Wir müssen entsprechend kritisch auf unsere Arbeit zurückschauen.

In den letzten Wochen haben wir eine interne Analyse vorgenommen. Diese wird ergänzt durch eine externe Analyse. Und die Konsequenzen? Die werden wir in drei Arbeitsgruppen erarbeiten, die wir gerade gestern an der Parteipräsidenten-Konferenz eingesetzt haben. Eine Arbeitsgruppe ist zuständig für personelle, strukturelle und organisatorische Verbesserungen. Eine zweite befasst sich mit Fragen der Programmatik und definiert Anpassungen und/oder Themen, bei denen wir uns klar und besser positionieren müssen. Die dritte Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit der Stärkung unserer Kampagnenfähigkeit. Alle diese Erkenntnisse und Vorschläge für daraus fließende Massnahmen werden wir euch an der nächsten Delegiertenversammlung im Juni vorstellen.

Wenn ich aber zurückschauen auf die letzten Monate, dann darf ich sagen, dass ich sehr, sehr viele positive Aspekte mitnehmen konnte. Ich stellte fest, dass bei uns in der Partei, Unkenrufen zum Trotz, die Stimmung und die Motivation wirklich hervorragend sind. Man ist gerne bei der FDP; man engagiert sich bereitwillig für unsere Partei und setzt sich gerne ein für die Politik, die wir Freisinnige vertreten.

Denn unsere Partei, unsere Werte, unsere Politik braucht es mehr denn je! Wer soll dieses Land zukunftsfähig machen, wenn nicht wir Freisinnige? Nichtsdestotrotz müssen lernen, klar zu zeigen, dass wir für die Menschen Politik machen. Wir müssen aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger kommunizieren. Wir müssen aufzeigen, dass es zum Vorteil einer Wählerin und eines Wählers ist, wenn man FDP wählt. Wir müssen aufhören, in irgendwelchen abstrakten Gebilden zu kommunizieren. Und vor allem müssen wir lernen aufzuzeigen, dass die liberale Politik keine kalte, menschenfeindliche Politik ist. Nein, das Gegenteil ist

Auch bin ich überzeugt davon, dass es notwendig ist, dass wir Fragen der Bildungspolitik wieder vermehrt in Politik und Gesellschaft diskutieren. Ich weiss natürlich, Bildungspolitik ist primär Sache der Kantone. Das soll uns aber als nationale Partei nicht daran hindern, dass wir uns dazu Grundsatzüberlegungen anstellen, diese festlegen und dann in den Kantonen auch umsetzen. Die Freisinnigen wussten immer: Bildung ist wichtig für die Menschen in diesem Land, denn nur gut ausgebildete Menschen haben die Fähigkeit, etwas aus ihrem Leben zu machen und auf ihren eigenen Beinen zu stehen. Wir müssen feststellen, dass unsere Fähigkeiten, also der Output aus unserem Bildungssystem, nicht wirklich besser werden. Hier müssen wir ansetzen. Und ich glaube, hier gibt es viel zu tun.

Sie sehen, liebe Freisinnige, uns braucht es! Es braucht uns mehr denn je! Es gibt viel zu tun. Wir wollen es anpacken. Ich danke Ihnen jetzt schon dafür, dass Sie bereit sind mitzuarbeiten. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie bereit sind, sich für unsere Überzeugungen und für unsere Politik einzusetzen.

**Thierry Burkart, Parteipräsident
FDP.Die Liberalen Schweiz**

Wir geben diesen Auszug in Absprache mit dem Parteipräsidenten wieder. Es handelt sich um eine Transkription der mündlich gehaltenen Rede.

Delegiertenversammlung

Breite Unterstützung der Wirtschaftsverbände für die Renteninitiative.



Engagiert für realistische Lösungen

Die FDP stellt die Weichen für eine nachhaltige und reformorientierte Politik

Gleich sechs Parolen wurden an der Delegiertenversammlung in Zug gefasst. Über 350 Freisinnige setzten ein klares Zeichen für sichere AHV-Renten. Die Delegierten sprachen sich ebenfalls gegen eine weitere Verstaatlichung des Gesundheitswesens sowie für eine leistungsfähige Infrastruktur aus. Nach einer Schweigeminute für den verstorbenen alt Ständerat Dick Marty rief Parteipräsident Thierry Burkart die Parteibasis dazu auf, an der liberalen Grundgesinnung der Partei festzuhalten.



Bundsrätin Karin Keller-Sutter spricht zur Schuldenbremse.



Alt Bundesrat Kaspar Villiger nahm ebenfalls an der DV teil.



Ständerat Matthias Michel (ZG) im Gespräch mit Nationalrat und Fraktionspräsident Damien Cottier (NE).



Andri Silberschmidt erklärt den Delegierten das Vorhaben des Prämien-Entlastungs-Initiativkomitees.



Bundesrat Ignazio Cassis bei seiner Rede zur Europapolitik.



Bettina Balmer, Nationalrätin (ZH).



Nationalrat Heinz Theiler (SZ).



Regine Sauter informiert vor der Parolenfassung über die Kostenbremse-Initiative.

Simon Michel.



Bilaterale III

Entscheidende Weichenstellung für die Zukunft

Der bilaterale Weg ist ein Erfolgsmodell. Mit den Bilateralen III will die Schweiz die gute Beziehung zu unseren europäischen Partnern auch in Zukunft sicherstellen und weiterentwickeln. Insbesondere die SVP schimpft dies eine Unterwerfung, eine Anpassung, eine Unterjochung. Dabei geht es im Kern um die Fortführung unseres «Schweizer Modells». Aber auch in unseren Reihen gibt es skeptische Stimmen. Deshalb ist es wichtig, dass wir das finale Verhandlungsergebnis des Bundesrates abwarten. Gleichzeitig aber sollten wir uns die Frage stellen, was denn die Alternativen sein könnten.

Die Schweiz ist mit Europa wirtschaftlich und gesellschaftlich eng verbunden. Über 50 Prozent unserer Exporte gehen in Länder der EU, gegen 70 Prozent der Importe kommen aus Ländern der EU. Das Handelsvolumen beträgt über 1 Milliarde Franken pro Arbeitstag. Wir teilen gemeinsame Werte, Geschichte und Kultur.

Bilaterale Verträge vs. Freihandelsabkommen

Als zentrales Bindeglied zwischen der Schweiz und der EU agieren die bilateralen Verträge. Sie gehen wesentlich weiter als Freihandelsabkommen, bei

denen es in erster Linie um den Abbau von Zöllen geht. Die bilateralen Verträge beinhalten in Bezug auf Güter insbesondere auch Produktzulassungen, gemeinsame Standards oder den Zugang zu gemeinsamen Datenbanken mit fehlerhaften Produkten. Ein Produkt, das in der Schweiz hergestellt und zugelassen wird, kann damit automatisch auch in Ländern der EU verkauft werden und umgekehrt.

Die bilateralen Verträge sind eine massgeschneiderte Lösung für beide Seiten. Sie sind ein Erfolgsmodell für die Schweiz, jedoch auch ein Sonderweg für die EU. Ein Sonderweg, der sich in

den letzten Jahren langsam zu einer unbefestigten Strasse entwickelt hat und irgendwann enden könnte, wenn er nicht neu befestigt wird. Swissem spricht deshalb auch von einem «dringend notwendigen Service».

Verhandlungsrahmen mit sektoriellen Abkommen

Der Bundesrat hat es geschafft, in den Sondierungsgesprächen einen neuen Verhandlungsrahmen mit sektoriellen Abkommen aufzusetzen. Ein Modell ohne horizontale, institutionelle Verpflichtungen.



«Eines ist jedoch klar:
Das Nichtstun, die Erosion,
das Auslaufen der Verträge
ist keine Option.»



Maroš Šefčovič, EU-Vizekommissionspräsident und Verantwortlicher für das Schweiz-Dossier. Foto: Europäische Union (2023)

tungen, wie das bei weiterführenden Freihandelsabkommen der Fall ist, stattdessen mit klaren Regeln pro Abkommen mit für die Schweiz vorteilhaften Ausnahmen. Dadurch sollen die Bilateralen I und II abgesichert und neue Kooperationen, zum Beispiel im Zugang zum Strommarkt, ermöglicht werden.

Nichtstun ist keine Option

Die Verhandlungen mit der EU werden voraussichtlich diesen März beginnen. Wie hoch der Preis für das Paket der Bilateralen III schlussendlich sein wird, wird sich im Detail erst in rund einem Jahr zeigen. Eines ist jedoch klar: Das Nichtstun, die Erosion, das Auslaufen der Verträge ist keine Option. Dadurch würden unweigerlich auch Errungenschaften wie Schengen/Dublin wegfallen, und die Schweiz würde zu einem Drittstaat, mit all seinen Konsequenzen beim Reisen, beim Handeln, beim Zugang zu Arbeitsstellen, usw.

Ohne die Bilateralen III gibt es keine Aktualisierung bestehender Abkommen mehr. So hat die

EU-Kommission 2019 die Börsenäquivalenz nicht verlängert. Unsere Forschenden und Schulen zahlen den Preis für den Verlust der Assoziierung bei Horizon Europe oder Erasmus. Die Nichtaktualisierung des MRA (Mutual Recognition Agreement) hat die Schweizer Medtech-Branche faktisch über Nacht als erste von 20 Branchen vom EU-Markt ausgeschlossen. Aufwendige Produktneuzulassungen waren notwendig. Weitere Branchen, wie Baustoffe, Spielwaren oder Maschinen, folgen ab 2026, wenn wir bis dann keine Lösung haben.

Bilaterale Abkommen als Königsweg

Bleibt die Alternative eines erweiterten Freihandelsabkommens basierend auf jenem von 1972, wie es von Gegnern des bilateralen Wegs gerne ins Spiel gebracht wird. Ein Freihandelsabkommen schliesse jedoch die Landwirtschaft mit ein, führte zur Übernahme von Sozial- und Umweltnormen und stünde in Konflikt mit den staatlichen Beihilfen, Stichwort Kantonalbanken. Ist das mehrheits-

fähig? Es darf bezweifelt werden. Der bilaterale Weg ist und bleibt der Königsweg.

Mit den Bilateralen III haben wir die Chance, die Beziehungen mit der EU zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Als Unternehmer, FDP-Nationalrat und APK-Mitglied werde ich mich für eine gute Vorlage einsetzen. Dem Verhandlungsteam wünsche ich viel Erfolg und Durchhaltewillen!

Simon Michel, Nationalrat SO und CEO Ypsomed Holding AG



FDP-Position zu Europa.

Pressekonferenz der FDP zur Migrationspolitik (2023). Fotos: Jannik Kaiser



Seit vielen Jahren beschäftige ich mich mit dem Thema Migration. In der letzten Session wurden zwei meiner drei Motionen, die der Ständerat bereits angenommen hatte, auch vom Nationalrat angenommen.

Die eine betraf die Forcierung der Dublin-Rückführungen nach Italien, die Italien seit Dezember 2022 verweigert, die andere die konsequente Rückführung von algerischen Staatsangehörigen, die unser Land verlassen müssen. Die letzte wurde unverständlicherweise von der gesamten Linken und mithilfe der Mitte abgelehnt. Mit dieser Motion sollte eine Lösung für die Rückführung von eritreischen Staatsangehörigen gefunden werden, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die in ihr Herkunftsland zurückkehren müssen, da ihnen kein internationaler Schutz zusteht.

FDP-Migrationsprogramm «Hart, aber fair»

Seit den eidgenössischen Wahlen im Herbst polarisiert das Thema Migration die Schweizer Politik. Die einen wollen die Türen unseres Landes weit öffnen und die anderen wollen sie doppelt verriegeln. Leider führt diese von Schwarz-Weiss-Denken geprägte Weltsicht nicht weiter. Aus diesem Grund hat die FDP bereits Jahre zuvor das Migrationsprogramm «Hart, aber fair» lanciert und hält daran fest. Es steht für unsere Migrationspolitik, die ausgewogen und menschlich sein muss, aber unerbittlich gegenüber jenen Migranten, die in der Schweiz Straftaten begehen, sich nicht an unsere Gesetze halten und versuchen, unser System auszunutzen.

Diese ausgewogene Politik ist vielleicht weniger spektakulär als das Einnehmen von scharfen oder gar extremen Positionen, die in der Tatsache keine Lösung für das Problem bieten, sondern im Gegenteil die Polarisierung innerhalb unserer Gesellschaft verstärken und die Akzeptanz für unser noch funktionierendes Asylsystem schwinden lassen.

Vor allem aber vergisst die FDP nicht, dass die Migration das Schicksal von Menschen, unseren Mitmenschen, widerspiegelt. Deshalb müssen wir diese Menschlichkeit im Auge behalten, wenn wir über Migration sprechen. Es ist uns ein zentrales Anliegen, mit unserem Handeln unserer langjährigen humanitären Tradition gerecht zu werden.

Der UNO-Migrationspakt von 2018

Die internationale Gemeinschaft hat am 10. Dezember 2018 den Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (Migrationspakt) verabschiedet. Der Migrationspakt basiert auf den internationalen Menschenrechten und bekräftigt die Verpflichtung der Staaten, alle Menschenrechte für alle Migranten zu achten, zu schützen und umzusetzen. Bei der Eröffnung der Konferenz in Marrakesch bezeichnete UN-Generalsekretär António Guterres den Pakt als «Fahrplan zur Verhinderung von Leid und Chaos». Er

«Hart, aber fair»
steht für unsere
Migrationspolitik,
die ausgewogen und
menschlich sein muss,
aber unerbittlich
gegenüber jenen
Migranten, die in der
Schweiz Straftaten
begehen, sich nicht an
unsere Gesetze halten
und versuchen, unser
System auszunutzen.»



«Ich bin der Überzeugung, dass es an der Zeit ist, uns international an der Bewältigung der Migrationskrise zu beteiligen, dabei aber unser Schweizer Rechtssystem und unsere unabhängige Migrationspolitik zu bewahren.»



Ständerat Damian Müller an der DV in Kreuzlingen (2023).

betonte, dass der Pakt kein neues Recht auf Migration und die Pflicht, Migranten aufzunehmen, schafft, sondern stellte klar, dass «Migranten unabhängig von ihrem Status Menschenrechte geniessen sollten». Zudem sollen Migrationsgründe reduziert und die internationale Zusammenarbeit bspw. für die Rückkehr von Migranten verbessert werden.

Überprüfung aufgrund von Vorbehalten in der Bevölkerung

Das Parlament stand seiner Unterzeichnung damals zögerlich gegenüber. Dies, nachdem grosse Vorbehalte aus der Bevölkerung geäussert wurden. Nun hat der Bundesrat, nachdem die Frage zu Soft-Law ausführlich behandelt und dargelegt wurde, einen Bericht zu den Auswirkungen des Pakts vorgelegt. In seinem Bericht zeigt das EDA auf, dass der Pakt nur Soft Law-Bestimmungen enthält und keine negativen Auswirkungen ersichtlich sind. Der Pakt beinhaltet also keine rechtlichen Verpflichtungen für die Schweiz, sondern empfiehlt lediglich bestimmte Massnahmen, die ergriffen werden sollten. Angesichts dieser überzeugenden Erklärungen schlug ich in der aussenpolitischen Kommission des Ständerates vor, dass die Schweiz den Migrationspakt unterzeichnet und sich dem Konzert der Nationen anschliesst.

Annahme nur, wenn mit schweizerischem Recht vereinbar

Dies jedoch nicht, ohne die Ängste aus der Bevölkerung zu adressieren und nötige Klarstellungen und Vorbehalte festzuhalten. So möchte ich mit meinem Antrag sicherstellen, dass die Annahme des Paktes mit dem geltenden schweizerischen Recht vereinbar ist und sich durch den Beitritt keine Änderung begründen lässt. Zudem sollen künftige Weiterentwicklungen der Bundesversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Weiter wird klargestellt, dass gewisse Massnahmen von der Schweiz nicht mitgetragen werden, beispielsweise was Einschränkungen der Medienfreiheit anbelangt.

Ich bin der Überzeugung, dass es an der Zeit ist, uns international an der Bewältigung der Migrationskrise zu beteiligen, dabei aber unser Schweizer Rechtssystem und unsere unabhängige Migrationspolitik zu bewahren. Deshalb bin ich der Meinung, dass es für die Schweiz an der Zeit ist, den Migrationspakt zu unterzeichnen, da dieser unser Asylgesetz nicht tangiert. Denn für uns gilt nach wie vor: Rückführungen haben absolute Priorität und wir halten unmissverständlich an unserer Haltung «Hart, aber fair» fest!

Damian Müller, Ständerat LU

Roger Federer 2005 in Wimbledon. Wikimedia Commons



Grand Slam für die Energiepolitik

Ja zur sicheren Stromversorgung

Erinnern Sie sich noch an den ersten Wimbledon-Titel von Roger Federer? Das war im Jahr 2005. Federer ist mittlerweile weg. Die Erhöhung der Grimsel-Staumauer wartet jedoch immer noch auf die Bewilligung, obwohl diese ebenfalls im Jahr 2005 beantragt wurde. Wie soll die Schweiz ihre Energiezukunft meistern, wenn selbst die Erhöhung einer seit Jahrzehnten bestehenden Staumauer im bürokratischen Dickicht stecken bleibt?

Eine wichtige Vorlage, um in dieser Frage endlich voranzukommen, ist das Bundesgesetz über die sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Der sogenannte Mantelerlass beinhaltet zielführende Massnahmen für den Ausbau der erneuerbaren Energien in den Bereichen Wasserkraft, Solar- und Windenergie. Insgesamt leisten die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung unserer Stromversorgung und zur Erreichung der Klimaziele 2050. Denn unser Land will in knapp 25 Jahren emissionsfrei sein. Konkret bedeutet dies, dass wir keine klimaschädlichen Gase mehr ausstossen dürfen oder diese durch Einsparungen an anderer Stelle kompensieren müssen.

Zusätzlicher erneuerbarer Strom benötigt

Den Weg hin zu Netto-Null 2050 hat das Stimmvolk im vergangenen Juni mit der Annahme des Gegenvorschlags zur Gletscherinitiative unterstützt. Damit dies gelingt, brauchen wir viel zusätzlichen erneuerbaren Strom. Mit dem steigenden Strombedarf und dem Wegfall bestehender

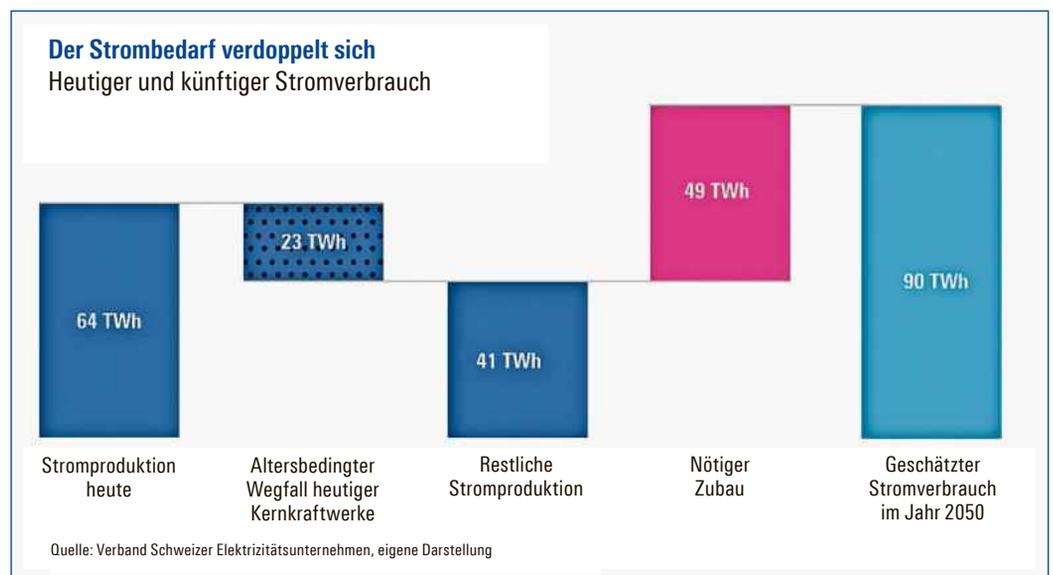
Kernkraftwerke entsteht eine Stromlücke von voraussichtlich rund 50 TWh (siehe Grafik). Im neuen Stromgesetz sind klare Ziele festge-

schrieben, um die inländische Stromproduktion durch den raschen Aus- und Zubau erneuerbarer Energien zu steigern. So sollen die Erneuerbaren (ohne Wasserkraft) bis 2035 35 TWh und bis 2050 45 TWh liefern. Die Wasserkraft soll ihre Produktion bis 2035 auf 37,9 TWh und bis 2050 auf 39,2 TWh steigern. Das Gesetz will dies primär durch Investitionsanreize und Planungssicherheit erreichen. Hinsichtlich des Landschaftsschutzes wurde intensiv über das Verhältnis Schutz versus Nutzen diskutiert und gerungen. Gesamthaft gesehen wurden tragfähige Kompromisse geschmiedet. So konnte zum Beispiel die Forderung nach einer generellen Solarpflicht aus dem Gesetz entfernt werden. Demgegenüber hatten wir leider keinen Erfolg mit dem Begehren nach einer vollständigen Öffnung des Strommarktes. Gerade diese Öffnung hätte Marktelemente gebracht und den Konsumentinnen und Konsumenten die Möglichkeit gegeben, ihren Lieferanten selbst zu wählen. Ein kleiner Erfolg ist aber die Schaffung von lokalen Stromgemeinschaften, sogenannten LEGs.

Ein Ja ist essenziell

Mit der sehr klaren Verabschiedung des Stromgesetzes hat das Parlament ein eindrückliches Zeichen gesetzt. Trotzdem ist es einer kleinen Gruppe von Landschaftsschützern und Windkraftgegnern gelungen, das Referendum zu ergreifen. Die Bevölkerung wird voraussichtlich im Juni 2024 über die Vorlage abstimmen. Die Unterstützung der Stimmberechtigten an der Urne ist essenziell: Die Dringlichkeit ist hoch und das Gut – die Versorgungssicherheit in der Schweiz – von enorm hoher Bedeutung. Denn Energiesicherheit betrifft uns alle. Setzen wir uns also gemeinsam ein für eine sichere Zukunft!

Susanne Vincenz-Stauffacher, Nationalrätin SG



KOLUMNE

AHV für Babyboomer sichern

Die Schweizer Bevölkerung lebt länger. Die Geburtenrate sinkt. Der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung sinkt ebenfalls. Diese langfristigen Trends führen dazu, dass der AHV gemäss Bundesamt für Sozialversicherungen in den kommenden 25 Jahren über 100 Milliarden Schweizer Franken fehlen. Handeln wir nicht jetzt, werden in Zukunft die Mehrwertsteuer und Lohnabgaben massiv erhöht werden müssen.

Dies hätte zur Folge, dass alle in der Schweiz eine finanzielle Mehrbelastung erfahren würden. Der arbeitenden Bevölkerung würde jeden Monat mehr Abgaben von ihrem Lohn abgezogen werden. Die konsumierende Bevölkerung müsste bei jedem Einkauf mehr Steuern zahlen, um die AHV-Financen zu stabilisieren. Wir sprechen von durchschnittlich vier Milliarden Schweizer Franken, die pro Jahr fehlen. Das ist viermal so viel, wie der Bund pro Jahr für die Berufsbildung ausgibt. Handeln wir nicht jetzt, wird der Bund schmerzliche Sparmassnahmen umsetzen müssen, um die AHV zu sanieren. So weit darf es nicht kommen.



Die Renteninitiative sieht einen Weg ohne höhere Steuern und Abgaben vor. Die Volksinitiative, welche am 3. März 2024 zur Abstimmung kommt, verlangt, dass das Rentenalter schrittweise in den kommenden zehn Jahren auf 66 Jahre angehoben wird. Im Anschluss soll es an die Lebenserwartung gebunden werden. Die Logik ist simpel. Wir beziehen heute durchschnittlich zehn Jahre länger eine AHV-Rente als bei der Gründung der AHV. Wir zahlen aber immer noch

gleich lange ein. Diese Rechnung geht nicht mehr auf. Wenn wir alle ein paar Monate länger einzahlen, können wir die AHV-Financen und somit die AHV-Renten der Babyboomer-Generation sichern.

Es ist klar, dass nicht jede und jeder bis 65 oder 66 Jahren arbeiten kann. Für die betroffenen Personen und Branchen müssen – wie dies heute zum Beispiel in der Baubranche bereits der Fall ist – sozialverträgliche Lösungen gefunden werden. Das Parlament wird dies bei der Umsetzung der Initiative berücksichtigen müssen. Die Arbeitslosen- wie auch die Sozialhilfequote sind auf einem historischen Tiefstand. Die Arbeitgeber suchen händeringend nach Arbeitskräften. Mit der Anpassung des Rentenalters würde auch die Migration reduziert, da weniger Personal aus dem Ausland rekrutiert werden muss. Stimmen wir Ja zu einer gesunden AHV und somit Nein zu mehr Steuern und Abgaben.

**Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH und
Vizepräsident FDP.Die Liberalen Schweiz**

FDP
Die Liberalen



**Informiert
bleiben?**

Jetzt «Freisinn» abonnieren

Wir machen

die Schweiz stark!

AHV ruinieren?

Kosten in Milliardenhöhe ruinieren unsere AHV

Bis 2033 gibt die AHV wegen der Alterung der Bevölkerung mehr als 3 Milliarden Franken mehr aus, als sie einnimmt. Die zusätzlichen jährlichen Kosten von 5 Milliarden Franken durch die Initiative fahren die AHV finanziell an die Wand.

Die 13. AHV-Rente macht die jüngsten Reformschritte zunichte

Eine 13. AHV-Rente nach dem Giesskannenprinzip kostet mehr als dreimal so viel, wie die Angleichung des Frauenrentenalters auf 65 an Einsparungen bringt. Auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer vom 1.1.2024 von 7.7% auf 8.1% zugunsten der AHV würde für die Finanzierung der 13. AHV-Rente nicht ausreichen und eine weitere Erhöhung auf 9.1% in 2026 wäre absehbar.

Mehrkosten für Bund, Wirtschaft und Privathaushalte

Die Initiative könnte nur über höhere Bundes- und Mehrwertsteuer sowie Lohnabgaben finanziert werden. Spürbare Mehrausgaben für Bund, Arbeitgeber und Privathaushalte wären die Folge. Die Linken ruinieren die AHV und die Kaufkraft auf einen Schlag.

Generationengerechtigkeit geht in beide Richtungen

Die 13. AHV-Rente würde schon ab 2026 für ein negatives Umlageergebnis sorgen und so bis 2050 einen Schuldenberg von 115 Milliarden Franken anhäufen. Bezahlen müssten das die erwerbstätigen Generationen.

3. März 2024
www.13ahvnein.ch

**13. AHV-
Rente
NEIN**